



Hintergrundmaterial

Schweigeminute zum Gedenken an die Opfer rechtsextremistischer Gewalt am 23. Februar 2012

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Einführung von Michael Sommer	3
2. Aufruf von DGB und BDA zur Schweigeminute am 23. Februar 2012	4
3. Erklärung des DGB-Bundesvorstandes vom 6. Dezember 2011	5
4. Hintergrundmaterial zum Thema Rechtsextremismus und zur Zwickauer Terrorzelle NSU (Nationalsozialistischer Untergrund)	7
5. Gewerkschaftliche Aktivitäten gegen Rechtsextremismus	8
6. Weiteres Material	16

Impressum

Herausgeber
Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand
Abteilung Grundsatzangelegenheiten und Gesellschaftspolitik
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
www.dgb.de

Redaktion: Konrad Klingenburg

Inhaltlich verantwortlich: Konrad Klingenburg

Stand: Februar 2012

1. Einführung von Michael Sommer

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die hinterhältigen rechtsterroristischen Morde an unseren türkischen, griechischen und deutschen Mitbürgern haben uns alle erschüttert. Sie rütteln an den Grundfesten unserer Gesellschaft und müssen vollständig aufgeklärt werden. Das gilt auch und vor allem für die Rolle des Verfassungsschutzes.

Die bislang insgesamt über 150 Todesopfer rechtsextremer oder rassistischer Gewalt in Deutschland mahnen uns, das freiheitliche und vielfältige Zusammenleben stärker als bislang zu verteidigen. Es gilt, Flagge zu zeigen gegen den Nazi-Terror.

Mit unserer Schweigeminute am 23. Februar wollen wir ein starkes Signal geben:

- für Demokratie, Freiheit, Menschlichkeit und Vielfalt sowie
- gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

Es gilt, den Ideen und Taten der Rechtsextremisten unsere Werte entgegen zu setzen. Denn der Kampf gegen den Rechtsextremismus darf sich nicht in Betroffenheitserklärungen, Sonntagsreden und Wahlkampfkationen erschöpfen.

Schon im Sommer 2011 richteten die schrecklichen Anschläge in Norwegen – auf das Regierungsviertel in Oslo und das Jugendcamp der Sozialdemokraten in Utøya – den Blick der Öffentlichkeit auf die Ideologie der europäischen Rechtspopulisten. Der Attentäter berief sich in seinem Manifest auf die drohende Islamisierung Europas und machte drastisch bekannt, dass die Rechtsextremen versuchen, mit verändertem Antlitz neue Feindbilder zu kreieren und so neue Anhänger zu gewinnen.

Der 19. Ordentliche DGB-Bundeskongress hat bereits im Mai 2010 einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus sowie zur Förderung der Zivilgesellschaft gefordert. Die Bundesregierung muss ihn endlich liefern. Es wird in den kommenden Monaten mehr denn je darauf ankommen, die politischen Entscheider für dieses Ansinnen zu gewinnen. Die Politik muss aber mehr tun und gerade angesichts der Euro-Krise die Ängste der Menschen ernst nehmen und soziale Ungerechtigkeiten beseitigen, die Integration fördern und die gesellschaftliche Teilhabe aller verbessern.

Wir fordern die Politik außerdem auf, mit allen zur Verfügung stehenden juristischen Mitteln gegen den Terror von Rechts vorzugehen. Ob es ein neues NPD-Verbotsverfahren geben wird, ein entschlossenes Vorgehen gegen die Nazi-Propaganda im Internet oder wie die Verwaltungsgerichte über Gegendemonstrationen und -aktionen bei Naziaufmärschen entscheiden, ist auch für uns Gewerkschaften relevant. Es geht darum, alle Demokraten vor brutalen tätlichen und verbalen Angriffen und die Demokratie selbst zu schützen.

Ich bitte euch vor diesem Hintergrund um eure Unterstützung, damit die Schweigeminute am 23. Februar zum Erfolg wird. Ihr findet hier Informationen, die euch bei der Vorbereitung der Schweigeminute und kleinerer Aktionen um sie herum unterstützen sollen.

Mit freundlichen Grüßen



2. Aufruf von DGB und BDA zur Schweigeminute am 23. Februar 2012

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

zur Weiterverwendung für eigene Aufrufe könnt Ihr den nachfolgenden Text der Pressemitteilung sowie eine gestaltete pdf-Datei unter folgendem Weblink: <http://www.dgb.de/-/Kf8> abrufen.

Gemeinsamer Aufruf der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Gedenken an die Opfer rechtsextremistischer Gewalt

Die von rechtsextremistischen Gewalttätern verübten Morde, Raubüberfälle und Anschläge erfüllen die Menschen in Deutschland mit Abscheu und Entsetzen. Wir trauern um die Opfer. Unser Mitgefühl gilt den Familien und Freunden, die geliebte Menschen verloren haben. Wir sind tief betroffen, dass nach den Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland diese entsetzlichen Verbrechen geschehen konnten.

Arbeitgeber und Gewerkschaften treten gemeinsam ein für ein Deutschland, in dem Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus keinen Platz haben.

In den Unternehmen in Deutschland ist zwischen den Beschäftigten ethnische und kulturelle Vielfalt gelebte Realität. Die Betriebe geben zahlreiche Beispiele für erfolgreiche Integration, Respekt und Toleranz. Wir stehen daher gemeinsam in der Pflicht, rechtsextremem Gedankengut entschieden entgegenzutreten.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände rufen die Menschen in Deutschland dazu auf, am Donnerstag, 23. Februar 2012, um 12:00 Uhr für eine Schweigeminute in ihrer Arbeit innezuhalten. Dies geschieht zeitgleich mit dem zentralen Staatsakt der Verfassungsorgane des Bundes für die Opfer rechtsextremistischer Gewalt.

Im stillen Gedenken an die Opfer soll ein kraftvolles Zeichen gesetzt werden:

ein Zeichen der Trauer und des Mitgefühls mit den Opfern, ihren Familien und Freunden,
ein Zeichen der Verurteilung von Fremdenhass, Rassismus und rechtsextremem Gewalt,
ein Zeichen für die Vielfalt und Offenheit Deutschlands.



Schweigeminute: Donnerstag, 23. Februar 2012, um 12:00 Uhr

3. Erklärung des DGB-Bundesvorstandes vom 6. Dezember 2011

Weblink: <http://www.dgb.de/-/yF2>

Flagge zeigen gegen Nazi-Terror!

Die Morde der Naziterroristen haben uns schockiert. Wir fühlen mit den Opfern und ihren Angehörigen.

Die mörderischen Aktivitäten der Zwickauer Terrorzelle und ihrer Unterstützer offenbaren dramatische Versäumnisse des Verfassungsschutzes. Trotz all seiner Aktivitäten ist es nicht gelungen, die rechtsextremistischen Organisationen und Netzwerke frühzeitig zu erkennen und zu bekämpfen. Wir fordern eine umfassende und lückenlose Aufklärung der Mordserie sowie aller Fahndungsspannen. Die dafür Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Obwohl in den letzten zehn Jahren zahlreiche rechtsextremistische Organisationen verboten wurden und obwohl es breiten gesellschaftlichen und politischen Widerstand gegen die NPD und andere rechtsextreme Parteien gibt, können Rechtsextremisten dennoch vielfach weiter rassistisch, menschenverachtend und antidemokratisch handeln.

Weit mehr als 150 Tote durch rechtsextreme Gewalt sind seit 1990 zu beklagen. Die rechtsextreme Gefahr ist real. Das Relativieren und Verdrängen muss ein Ende haben. Faschismus ist keine Meinung sondern ein Verbrechen!

Egoismus, Ellenbogenmentalität, Gier und Profitdenken haben das gesellschaftliche Klima vergiftet. Der Rechtsextremismus ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Neonazis in verschiedenen europäischen Ländern nutzen soziale Ungerechtigkeiten für ihre rassistischen Ziele, indem sie eine Ethnisierung sozialer Probleme betreiben.

Wo andere zivilgesellschaftliche Kräfte nicht mehr präsent sind, können Rechtsextreme Fuß fassen. Dabei arbeiten sie nicht nur mit brutaler Gewalt und Einschüchterung, vielfach geben sie sich bürgerlich und bieder. Auch das Internet ist zum Tummelplatz von Rechtsextremisten geworden. Hier können sie ungestört ihre menschenverachtende Propaganda verbreiten. Damit zielen sie vor allem auf junge Menschen.

Auch Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wurden und werden Opfer von Angriffen von Neonazis. Rechtsextremisten bedrohen in zunehmendem Maße freie Gewerkschaftsarbeit. Der Rechtsextremismus ist eine Gefahr für die Demokratie und das Zusammenleben in Vielfalt, das unser Land auszeichnet und wirtschaftlich stark gemacht hat.

Staatliche Behörden sind gefordert, konsequent und unnachgiebig neonazistische Umtriebe zu verfolgen. Wir fordern:

- ein Verbot der NPD und aller neonazistischen Organisationen,
- die Beseitigung von Vollzugsdefiziten im Waffenrecht und bei der Erteilung von Waffenbesitzkarten
- und ein entschiedenes Vorgehen gegen Nazi-Seiten im Internet.

Der Kampf gegen den Rechtsextremismus darf sich nicht in Betroffenheitserklärungen, Sonntagsreden und Wahlkampfaktionen erschöpfen. Die Politik muss gerade angesichts der Euro-Krise die Ängste der Menschen ernst nehmen und soziale Ungerechtigkeiten beseitigen, die Integration fördern und die gesellschaftliche Teilhabe aller verbessern.

Initiativen, Projekte und Organisationen, die sich den Neonazis tagtäglich widersetzen und ihre Opfer beraten, brauchen finanzielle Unterstützung statt eines Gesinnungs-TÜV des Bundesfamilienministeriums.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wir stehen ein für ein Deutschland, in dem alle ohne Angst verschieden sein und sicher leben können. Wir bekennen uns zu den Grundwerten Freiheit und Gleichheit, Solidarität und Gerechtigkeit, Respekt und Würde. Deshalb kämpfen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter tagtäglich gegen die rechtsextreme Ideologie. Wir wollen den Schulterschluss mit anderen gesellschaftlichen Kräften - für eine gesellschaftliche Offensive: Gemeinsam Flagge zeigen gegen Nazi-Terror, Rechtsextremismus und Unmenschlichkeit.

4. Hintergrundmaterial zum Thema Rechtsextremismus und zur Zwickauer Terrorzelle NSU (Nationalsozialistischer Untergrund)

Umfängliche allgemeine Informationen über Rechtsextremismus: Bundeszentrale für politische Bildung
<http://www.bpb.de/themen/R2IRZM>

Täglich aktuelle Presseschau und allgemeine ausführliche Informationen über Rechtsextremismus: „Netz gegen Nazis“ der Amadeu-Antonio-Stiftung
<http://www.netz-gegen-nazis.de/category/format/presseschau>

Aktuelle Meldungen über Rechtsextremismus: Blick nach Rechts
<http://www.bnr.de/>

Chronik zur Zwickauer Terrorzelle NSU: Tagesschau
<http://www.tagesschau.de/inland/rechtsextrememordserie100.html>

Hintergrundartikel zur NSU: Berliner Zeitung
<http://www.berliner-zeitung.de/neonazi-terror/11151296,11151296.html>

Hintergrundartikel zur NSU: Tagesspiegel
<http://www.tagesspiegel.de/politik/rechtsextremismus/>

5. Gewerkschaftliche Aktivitäten gegen Rechtsextremismus

Rechtsextremismus und Rassismus sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Egoismus, Ellenbogenmentalität, Gier und Profitdenken, wie sie die Krise überdeutlich ans Tageslicht gebracht hat, haben das gesellschaftliche Klima vergiftet. Neonazis in verschiedenen europäischen Ländern nutzen soziale Ungerechtigkeiten für ihre rassistischen Ziele, indem sie eine Ethnisierung sozialer Probleme betreiben.

Wo andere zivilgesellschaftliche Kräfte nicht mehr präsent sind, können Rechtsextreme Fuß fassen. Dabei arbeiten sie nicht nur mit brutaler Gewalt und Einschüchterung, vielmehr geben sie sich vielfach bürgerlich und bieder. So wichtig und richtig es ist die NPD endlich zu verbieten – nicht zuletzt um zu verhindern, dass Rechtsextreme weiter mit Steuergeldern finanziert werden – so klar ist auch, dass es unzureichend ist, sich in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus allein auf die rechtsextremen Parteien zu beschränken.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Deshalb kämpfen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter tagtäglich gegen die rechtsextreme Ideologie. Die Auseinandersetzung mit Rassismus und Rechtsextremismus ist auch im Jahr 2011 ein Schwerpunkt der Arbeit des DGB gewesen. Die Demokratie halten viele für selbstverständlich – sie ist es aber nicht. Für die Demokratie und ihre Grundwerte zu streiten ist heute wichtiger denn je. Getragen werden die Aktivitäten von ehren- und hauptamtlichen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern. Der DGB sucht dabei auch immer wieder den Schulterschluss mit anderen gesellschaftlichen Kräften. Die Aktivitäten des DGB sind ein Beleg dafür, dass die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, der sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften auf allen Ebenen stellen, einschließlich der Betriebe.

Nahezu überall, wo rechtsextreme Veranstaltungen, Aufmärsche u. ä. stattfanden, haben sich der DGB und die Gewerkschaften diesen entgegengestellt. Auch Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wurden und werden Opfer von Neonazi-Angriffen. Rechtsextremisten bedrohen in zunehmendem Maße freie Gewerkschaftsarbeit.

Eine Auswahl über die vielen gewerkschaftlichen Aktivitäten ist im einblick 22/2011 vom 12.12.2011 erschienen:

Gelbe Hand

Die Gelbe Hand ist seit über 25 Jahren Symbol gewerkschaftlicher Aktivitäten gegen Rechts. Initiiert von der DGB-Jugend und der Redaktion des DGB-Jugendmagazins 'ran setzt sich der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ seit Herbst 1986 gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Arbeitswelt ein. Auch beim Fußball ist die Gelbe Hand präsent – etwa durch Plakate und Stadionansagen. Im sechsten Jahr bereits findet der Gelbe-Hand-Wettbewerb statt, der sich an Berufsschulen, (Ausbildungs-) Betriebe und Verwaltungen richtet und dazu aufruft, Beiträge gegen Rechtsextremismus und Rassismus zu entwickeln. Die Auszubildenden sollen sich dabei direkt in ihrem Alltag mit Rassismus auseinandersetzen. Zu den aktuellen Projekten des Vereins gehört die gemeinsame Erarbeitung von Unterrichtsmaterialien für Berufsschüler/innen. Hier arbeitet der Verein eng mit der GEW zusammen. Zur Vernetzung der gewerkschaftlichen Aktivitäten erscheint zehnmal im Jahr der Newsletter Aktiv + Gleichberechtigt.

<http://www.gelbehand.de>

Für Demokratie Courage zeigen

Über alle Landesgrenzen hinweg arbeiten Gewerkschaften mit dem „Netzwerk für Demokratie und Courage“ (NDC) zusammen. Zunächst von der DGB-Jugend und anderen Jugendorganisationen in Sachsen gegründet, ist das NDC heute in elf Bundesländern sowie in Belgien und Frankreich aktiv. NDC ist ein breites Bündnis von Jugendverbänden und verschiedensten Organisationen, Gruppierungen und Einzelpersonen. Schirmherr des Netzwerks ist Wolfgang Thierse, Vizepräsident des Deutschen Bundestages, der ins Visier der Berliner Staatsanwaltschaft geraten war, weil er sich an einer Sitzblockade gegen einen Neonazi-Aufmarsch beteiligte. Die Bilanz des Netzwerks kann sich sehen lassen: Nach mehr als einem Jahrzehnt demokratischer Bildungsarbeit mit mehr als 10 000 Projekttagen an Schulen und Bildungseinrichtungen zählten die NetzwerkerInnen Ende 2010 über 2000 ausgebildete ehrenamtliche Helfer/innen, und mehr als 153 000 SchülerInnen wurden erreicht.

<http://www.netzwerk-courage.de>

IDA: Fundiert gegen Rechts

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA) ist in der Jugendarbeit und in der politischen Bildung gegen Rassismus und Rechtsextremismus aktiv. Es wird von vielen Jugendverbänden getragen. Seinen hohen fachlichen Beratungsstandardschätzen Organisationen wie Einzelpersonen.

IDA hilft bei vielen Anliegen weiter, etwa wenn ein Film gegen Rechtsextremismus oder Hintergrundwissen zu Islamfeindlichkeit gesucht wird, eine Jugendgruppe ein Antirassismustraining plant oder noch ein Referent für ein Seminar zum Rassismus fehlt. Zum Angebot von IDA gehören Tagungen, Workshops und Vorträge ebenso wie Recherchen, Dokumentationen und Archive. IDA veröffentlicht Flyer und Reader zum Themenspektrum, bietet Beratung, Online-Datenbanken und die Vielfalt-Mediathek.

<http://www.idaev.de>

„Weißt Du was Du trägst?“

Bomberjacke, Springerstiefel und Glatze sind out. Abgelöst wurde das Nazi-Outfit der 1990er-Jahre von einem eher gemäßigten Style etwa der Marken „Thor Steinar“, „Master Race“, „Consdaple“ oder neuerdings „Alpha Industries“. Durch Symbole, Codes und bestimmte –wechselnde Marken – können sich Einzelne einer eingeweihten Gruppe zugehörig zeigen. Bei Marken wie „Thor Steinar“, die klar dem Neonazispektrum zuzuordnen sind, ist das auch von außen erkennbar, bei anderen Marken ist die Zuordnung schwieriger, denn nicht jeder, der heute „Alpha Industries“ trägt, ist ein Neonazi. Gleichzeitig verfehlt eine bestimmte Kleidung nicht ihre Wirkung gegenüber von rechter Gewalt Betroffener, für die sie eine Bedrohung darstellen. Als im Stadion der Eintracht Frankfurt immer mehr rechte Sprüche zuhören waren, wurden die DGB-Jugend Frankfurt und das Fanprojekt gemeinsam aktiv. Sie veröffentlichten den Flyer „Weißt Du was Du trägst“ und luden zu einer Veranstaltung ein, um über den neuen rechten Lifestyle aufzuklären. Fast zwangsläufig entwickelte sich eine kontroverse Diskussion um ein Verbot der Marke „Thor Steinar“ in den Stadien. So haben Bremen, Berlin und Dortmund in ihrer für Heimspiele geltenden Stadionordnung ein solches Verbot festgeschrieben. Das wurde in Frankfurt nicht erreicht, die Debatte um Rechtsextremismus und Fußball ist dennoch angestoßen.

<http://www.amballbleiben.org>

Respekt!

Die IG Metall engagiert sich seit März 2011 gemeinsam mit der Initiative „Respekt!“ für ein soziales und faires Miteinander in den Betrieben. „Respekt ist unabdingbar mit Menschenwürde verbunden“, sagte Bertin Eichler, geschäftsführendes Vorstandsmitglied und Hauptkassierer der IG Metall, auf der Pressekonferenz im März in Frankfurt. „Respekt ist Voraussetzung für eine solidarische und demokratische Gesellschaft“, fügte er hinzu.

Mit ihrem Engagement will die IG Metall ihre Mitglieder, Beschäftigte und Betriebsräte motivieren, den Respekt-Gedanken in Betrieben und Unternehmen offensiv zu vertreten. Gegenseitige Achtung und Anerkennung seien wichtige Voraussetzungen für ein soziales und faires Miteinander im Betrieb.

„Respekt!“ nutzt Kommunikation im weitesten Sinne, um sich gegen Intoleranz und für ein respektvolles Miteinander einzusetzen. Dazu gehören Veranstaltungen, Vorträge, Podiumsdiskussionen, Bücher, Flyer, Werbe-Produkte wie das „Antiidiotikum“, das Anbringen eines „Respekt!“-Schildes in Betrieben und vor allem Filme. „Wir wollen vielschichtig über Respekt und Toleranz informieren sowie zum Nachdenken und Diskutieren anregen. Denn eins ist sicher: Denken hilft!“, fasst Lothar Rudolf, Geschäftsführer und Initiator, das Anliegen der Initiative zusammen.

Die Initiative „Respekt! Kein Platz für Rassismus“ ist eine gemeinnützige GmbH mit Sitz in Frankfurt am Main. Gegründet wurde sie 2010 von Lothar Rudolf, Inhaber der Frankfurter Agentur „Querformat – Lothar Rudolf Medienkonzept“.

<http://www.respekt.tv>

ver.di-Netz gegen Rassismus und Rechtsextremismus

Vielfältig und zahlreich sind die gewerkschaftlichen Initiativen gegen Rassismus und Rechtsextremismus. Deshalb sind Vernetzung und Austausch umso wichtiger. Der Zentrale Arbeitskreis „Offensiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus“ (ZAKO) der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di koordiniert seit 2007 Aktivitäten, bündelt Sachkenntnis sowie Erfahrungen und stellt Handlungshilfen bereit. Kontinuierlich, als verlässlicher Ansprechpartner. Um bei bundesweiten Aktionen gemeinsam aufzutreten. Um betriebliche und gewerkschaftliche Gegenstrategien zu entwickeln. Um langfristig besonders auf regionaler Ebene arbeitsfähig zu sein. Ob Ost oder West, Nord oder Süd: Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus sind seit 1990 mit einer neuen Intensität in alle Bereiche unserer Gesellschaft eingeflossen. Rassistische Angriffe sind nur die Spitze des Eisberges. Rechtsextreme Einstellungen finden sich leider auch in den Köpfen von einigen Gewerkschaftsmitgliedern. ZAKO stellt klar: Diese Einstellungen widersprechen den gewerkschaftlichen Werten. Solidarität unabhängig von Hautfarbe, Herkunft, Religion, Geschlecht, Behinderung oder sexueller Orientierung ist notwendig, wenn die Arbeitnehmer/innen die Konkurrenz untereinander überwinden und ihre eigenen, berechtigten Ansprüche gegen die Interessen des Kapitals durchsetzen wollen.

<http://www.zako.verdi.de>

Internationale Wochen gegen Rassismus

Der 21. März ist der „Internationale Tag für die Beseitigung der Rassendiskriminierung“ der Vereinten Nationen. Er soll Mahnung sein an das „Massaker von Sharville“ im Südafrika der Apartheid, beidem 1960 69 friedliche Demonstranten von der rassistischen Polizei erschossen wurden.

In Deutschland und Europa finden deshalb in jedem Jahr mehrere tausend Veranstaltungen im Rahmen der internationalen Wochen gegen Rassismus statt. Auch die Gewerkschaften beteiligen sich intensiv an den Veranstaltungen. Als Sponsor und Mitveranstalter seit langem mit dabei: die IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE). So war Rassismus im Fußball das Thema einer Gesprächsrunde am 17. März 2011 in der Hauptverwaltung der IG BCE in Hannover. Einer der Teilnehmenden war Altin Lala, Hannover 96-Profi und albanischer Nationalspieler. In Leverkusen trafen sich am 19. März 2011 zwölf Mannschaften, um in der Halle des Kulturzentrums Diyanet unter dem Motto „Kicken gegen Rechts“ gegeneinander zu spielen. „Kein Fingerbreit der Fremdenfeindlichkeit! Wir sind alle gleich in unserer Einzigartigkeit“. Unter diesem Motto fand eine Aktion der Cottbuser Gewerkschaften am 22. März 2011 statt. An einer Papierwand in der Fußgängerzone konnten Bürger/innen mit ihrem Fingerabdruck dokumentieren, dass sie nichts von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus halten. Islam und Islamfeindlichkeit war schließlich Thema einer Veranstaltung der IG BCE im niedersächsischen Bad Münden am 24. März 2011.

<http://www.igbce.de>

IG BAU gegen Fremdenfeindlichkeit

Hohe Arbeitslosigkeit, Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung auch von Ausländern gehören zu den größten Problemen im Baugewerbe. Rechtsextreme nutzen das gezielt für ihre Propaganda: Sie machen ausländische Beschäftigte für Arbeitslosigkeit und Druck auf Löhne und Sozialleistungen verantwortlich. Die IG Bau- Agrar-Umwelt (IGBAU) ist sich mit dem Hauptverband der deutschen Bauindustrie einig: Gemeinsam gehen sie gegen Fremdenfeindlichkeit in ihren Bereichen vor und wollen insbesondere Auszubildende gegen rechtsextreme Vorurteile sensibilisieren. Die IG BAU hat dazu eine Unterrichtseinheit für Berufsschulen erarbeitet. Weitere Materialien für die ehrenamtliche Jugendarbeit und für Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) sind in Arbeit. Fest steht: Schuld an der Situation am Bau sind nicht die „Ausländer“, etwa die Entsendearbeiter aus Ost- und Südosteuropa, die selbst meist Opfer illegaler Praktiken sind. Die IG BAU ist überzeugt: Ihre Antworten zu Themen wie illegale Beschäftigung oder Schwarzarbeit sind überzeugender als die Hasstiraden der Rechten.

<http://www.igbau.de>

Gemeinsam für Toleranz im Betrieb

Angesichts rechtsextremer Gewalttaten und Wahlerfolgen rechtsextremer Parteien haben die Sozialpartner der Nahrungs- und Genussmittelbranche 2008 die Initiative „Gemeinsam für Toleranz“ gestartet. Die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) und die Arbeitgeberverbände ANG und DEHOGA sind sich einig: Tolerantes Miteinander im Betrieb ist gelebte soziale Marktwirtschaft. Auf einer gemeinsamen Internetplattform informieren sie über die rechte Szene und darüber, wie sich rechte Parolen – auch im Betrieb – entkräften lassen. Es werden Beispiele guter Praxis und Handlungsanleitungen auf der Homepage vorgestellt. Die Sozialpartner-Initiative ist auch Grundlage für betriebliche Aktionen.

Unter dem Motto „Together is better“ etwa führten Auszubildende von Maggi Singen eine Länderwoche in ihrer Kantine durch. Die Jugendlichen gestalteten bei einem Neueinsteigerseminar der JAV Maggi in Zusammenarbeit mit der NGG Tischkärtchen und Plakate. Während der Länderwoche wurden an jedem Tag landestypische Gerichte aus Italien, Tunesien, Thailand, Mexiko und Indien angeboten. Die zuvor gestalteten Tischkärtchen und Plakate wurden den Ländern entsprechend auf die Tische der Kantine gestellt. Auf diesen

Tischkärtchen waren Informationen über die Einwohnerzahlen, Sehenswürdigkeiten, Religionen, Währung, Sprache und vieles mehr enthalten. Ziel der Woche war es, die Idee der „Initiative für Toleranz“ im Betrieb einzuführen. Weitere Aktionen sind in Planung.

<http://www.gemeinsam-fuer-toleranz.de>

Ratgeber: Neonazis entlarven

So kann man die heutigen, oft subtileren Zeichen rechter Gesinnung richtig deuten: Gemeinsam haben die NGG, der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband und "pro aktiv gegen rechts" in Bremen eine Broschüre für Gastronomen herausgebracht, damit sich Rechtsextreme künftig nicht länger unerkannt bei Hotels und Gaststätten einmieten können. Der „Ratgeber für die Gastronomie“ ist eine Neuauflage der Broschüre „Versteckspiel“, zeigt die szenetypischen Merkmale und Symbole und soll so helfen, die Träger rechtsextremer Gesinnung schon beim Erstkontakt zu erkennen.

<http://www.ngg.net>

640 Azubi-Projekte gegen Hass und Gewalt

Vor elf Jahren starteten die Deutsche Bahn AG und die Gewerkschaft TRANSNET/EVG das Projekt „Bahn-Azubis gegen Hass und Gewalt“. Ihr Ziel war und ist es, Toleranz, Offenheit und Zivilcourage der jungen Mitarbeiter/innen der DB zu stärken.

Mehr als 7500 Auszubildende haben mit rund 640 Projekten in den vergangenen elf Jahren an den Aktionswettbewerben teilgenommen. Dabei werden gemeinsam mit Trainern und Ausbildern Ideen und Konzepte entwickelt, die einsoziales Miteinander fördern und Hass und Gewalt verhindern. Die Bandbreite der Azubi-Projekte gegen Rechts ist groß. So wurde beispielsweise im Stuttgarter Hauptbahnhof ein Konzert organisiert. Im Raum Ludwigsburg realisierten die Azubis ein Kalenderprojekt. Einer der Höhepunkte bislang war eine von den Auszubildenden gestaltete Lokomotive zum Thema Hass und Gewalt.

Preisträger des Jahres 2011 ist die Gruppe „3 Engel für DB“ aus Leipzig, die für eine Wanderausstellung hochwertige Portraits von Reisenden mit multikulturellem Hintergrund auf Bahnhöfen erstellt hat. Zu jedem Foto wurde ein Text über die jeweils abgebildeten Menschen erstellt. Anschließend wurden die Fotos auf DIN A1-Plakate vergrößert und auf Säulen auf Bahnhöfen ausgestellt.

<http://bit.ly/vpjZog>

Fonds für ein tolerantes Zusammenleben

Am 19. November 2011 wurde der mit 3000 Euro dotierte Mete-Eksi-Preis zum 20. Mal verliehen. Der erste Preis ging dabei an das Projekt Schülerpaten e.V., das Berliner Studierende und SchülerInnen arabischer Herkunft zusammenbringt. Die Student/innen bieten ihren Schützlingen individuelle Förderung, kostenlose Nachhilfe, Unterstützung und Begleitung der Schwächsten im gesamten Bildungssystem.

Auslöser für die Gründung des gleichnamigen Fonds war der Tod Mete Eksis, der bei einer alltäglichen Auseinandersetzung zwischen deutschen und türkischen Jugendlichen schlichtend eingreifen wollte. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaften (GEW) und der Elternverein wollten der aufgeheizten Stimmung in Berlin etwas entgegensetzen, das zur Deeskalation beitragen sollte. Der Mete-Eksi-Fonds vergibt seinen Preis jährlich an Jugendliche oder Jugendgruppen, die sich für ein friedliches, tolerantes und gleichberechtigtes Zusammenleben aller Jugendlichen in Berlin einsetzen.

<http://www.mete-eksi-preis.de>

Schulen für gewaltfreie Demokratie

Bundesweit besuchen mehr als 750 000 Kinder und Jugendliche eine „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“. Das sind knapp 1000 Schulen, an denen Kinder und Jugendliche das Schulklima aktiv mitgestalten und sich gegen Diskriminierung, Mobbing und Gewaltwenden. Eine Schule ohne Rassismus hat sich verpflichtet, dass es zur zentralen Aufgabe an der Schule wird, langfristige Projekte, Aktivitäten und Initiativen gegen Diskriminierung und Rassismus zu entwickeln. Die SchülerInnen erklären damit, dass sie sich gegen Gewalt und Diskriminierung wenden und sich dafür einsetzen, gemeinsam Wege zu offenen Auseinandersetzungen zu finden. Außerdem wollen sie mindestens einmal jährlich ein Projekt an der Schule zum Thema Diskriminierungen durchführen. Schulen ohne Rassismus kümmern sich um ethnische Diskriminierung, sie beschäftigen sich aber auch mit Diskriminierung aufgrund der Religion, der sozialen Herkunft, des Geschlechts, körperlicher Merkmale, der politischen Weltanschauung oder der sexuellen Orientierung. Schulen ohne Rassismus wollen einen Beitrag zu einer gewaltfreien, demokratischen Gesellschaft leisten.

<http://www.schule-ohne-rassismus.org>

Ratschlag Thüringen

Im „Ratschlag Thüringen“ setzen sich seit 1992 Gewerkschaften, Bürgerbündnisse, Parteien und Migrantenorganisationen, Flüchtlingsrat, Antifaschist/innen und Studierende gemeinsam gegen die um sich greifende neonazistische Gewalt zur Wehr. In einer Mischung aus Workshops, Diskussionen und Demonstrationen wird bei den Ratschlägen die eigene Auseinandersetzung mit öffentlich wirksamen Aktionen verknüpft.

<http://www.ratschlag-thueringen.de>

Jugendbegegnungsstätte Dachau

Mit vielen Aktivitäten unterstützt die DGB-Jugend Bayern die alljährlich stattfindenden internationalen Jugendbegegnungen in Dachau. Ziel der Begegnungen ist es, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen und kulturelle Grenzen zu überwinden. Am historischen Ort, im ehemaligen KZ Dachau, wird die Geschichte erfahrbar, werden allgemeine Erkenntnisse konkret. Das Vermächtnis dieses Ortes lautet: „Nie wieder Faschismus!“

<http://www.jugendbegegnung-dachau.de>

<http://www.dgb-jugend-bayern.de>

Betriebliche Beratungsteams

Die betrieblichen Beratungsteams, ein Projekt des DGB-Bezirk Nord, bieten Unternehmern, Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräte sowie Vertrauensleuten direkte Unterstützung. Sie stehen im Bedarfsfall beratend zur Seite und stärken den Betriebsparteien den Rücken bei der Förderung demokratischer Betriebskultur. Kompetente Beratung, Präventionsunterstützung, aber auch Interventionsbegleitung stehen dabei auf dem Programm der Beratungsteams, die in Rostock, Stralsund, Neubrandenburg und Schwerin sitzen – die im Bedarfsfall aber auch über die Standorte hinaus ansprechbar sind. Ziel der Beratung ist dabei vor allem die Hilfe zur Selbsthilfe.

<http://www.bbt-mv.de>

Der Pott stellt sich quer: Gegen Nazi-Aufmarsch am 1. Mai 2012 in Dortmund

Nach Angaben des „blick nach rechts“ planen Neonazis für den 1. Mai 2012 wieder einen Aufmarsch in der Ruhrgebietsstadt. Zumindest wurde ein Aufmarsch vom Hauptbahnhof in die Dortmunder Nordstadt in der Zeit von 10 bis 22 Uhr angemeldet. Dagegen machen Gewerkschaften, Initiativen und Bürgerbündnisse im ganzen Ruhrgebiet mobil. Falls sich die Anmeldung als ernst gemeint herausstellt, sollen Proteste organisiert werden.

Zur Erinnerung: Am 1. Mai 2009 überfielen Neonazis eine DGB-Demonstration in Dortmund und verletzten mehrere Personen. Erst drei Jahre nach dem Überfall, im kommenden Frühjahr, soll der Prozess gegen die damals festgenommenen Rädelsführer vor einem Dortmunder Schöffengericht beginnen.

<http://www.dortmundquergestellt.de>

Dresden Nazifrei

Das Bündnis „Nazifrei! – Dresden stellt sich quer“ hat sich im Dezember 2009 gegründet, um Europas größten Naziaufmarsch zu verhindern, der alljährlich anlässlich der Bombardierung Dresdens im Februar 1945 stattfindet. Die verschiedenen Organisationen des breiten Bündnisses – darunter der DGB, die IG Metall, IG BCE, NGG, ver.di und der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an“ – vertreten unterschiedliche Positionen. Aber sie haben 2010 und 2011 gemeinsam gezeigt: Dresden hat die Nazis satt.

Seit 2004 versuchen Neonazis am 13. Februar, ihren europaweit größten Aufmarsch zu zelebrieren und den Tag des Gedenkens an die Luftangriffe auf Dresden im Februar 1945 für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Dagegen initiiert das Bündnis in diesem Jahr zum dritten Mal in Folge eine Kampagne, die darauf zielt, sich 2012 den Nazihorden erneut in den Weg zu stellen. Auch im kommenden Jahr wollen wieder Tausende Menschen am 13. Februar den erneuten Aufmarschversuch der Nazis verhindern.

<http://www.dresden-nazifrei.com>

Keine Nazis am Bodensee!

Das Bündnis „Friedrichshafen für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt“ zeigt der Öffentlichkeit: Neonazistisches Gedankengut kann in der Region nicht ungestört propagiert werden. Getragen wird das Bündnis von Gewerkschaften, Kirchen, Parteien, Schulen, Jugendrat und Vereinen. Bündnisarbeit heißt nicht nur, auf der Straße präsent sein, wenn Neonazis marschieren wollen: „Wir tragen dazu bei, dass Rechtsextremisten kein öffentlicher Raum gewährt wird, weder auf der Straße oder in Gaststätten, noch auf Schulhöfen, in Sportvereinen, in Jugendzentren oder in den Medien.“ Ganz wichtig ist allen Bündnispartnern für die Kontinuität der Alltagsarbeit auch die Koordination durch eine Arbeitsgruppe beim Oberbürgermeister im Rathaus. Aus der Mitte der städtischen und der regionalen Gesellschaft heraus wird den Neonazis klargemacht: „Nicht hier in Friedrichshafen, nicht mit uns am Bodensee!“

<http://www.bodensee-oberschwaben.dgb.de>

Vielfalt, Weltoffenheit und Toleranz – Köln stellt sich quer

Schon gegen den ersten „Anti-Islamisierungskongress“ im September 2008 hat sich Köln erfolgreich quer gestellt. Gegen den Versuch der rechtsextremen Partei „Pro Köln“, Rechtspopulisten und Vertreter rechtsextremistischer Parteien aus ganz Europa nach Köln zu holen, konnte sich das bunte Köln erfolgreich durchsetzen. Ein breites Bündnis und friedliche Proteste zeigten: „Pro Köln“ ist keine Bürgerbewegung. Eine Bürgerbewegung – das war und ist der breite und friedliche Protest gegen diese rechtsextreme Gruppierung. Eine Bürgerbewegung – das sind die vielen Äußerungen aus der Kölner Bürgerschaft und aus der Kölner Wirtschaft, die sich gegen Fremdenfeindlichkeit und gegen Rassismus – und

damit gegen „Pro Köln“ – ausgesprochen haben. Köln ist nicht braun sondern bunt, ist die Devise mit der sich die rheinische Metropole auch im Mai 2011 gegen die Rassisten stellte. Vielfalt, Weltoffenheit, Toleranz – das steht für Köln, und das soll auch so bleiben! Dafür arbeitet die DGB-Region als Koordinator an herausragender Stelle.

<http://www.koeln-bonn.dgb.de>

DGB Niedersachsen: bunt statt braun

Damit hatten die Neonazis nicht gerechnet: Ihr für den 1. Mai 2009 in Hannover geplanter Aufmarsch wurde gerichtlich verboten. Selbst wenn sie aufmarschiert wären, wären sie nicht weit gekommen: Mehr als 15 000 Menschen setzten an diesem Tag in der niedersächsischen Landeshauptstadt mit Kundgebung, Demo und einem Fest ein beeindruckendes Zeichen für Demokratie und Toleranz. Ein Szenario, das sich Jahr für Jahr wiederholt. So gelang es in diesem Jahr am 6. August ebenfalls, den Aufmarsch von 600 Neonazis in Bad Nenndorf zu verhindern. Gemeinsam mit einem breiten Aktionsbündnis hatte der DGB zu den Aktionen mobilisiert. Der Erfolg kommt nicht von ungefähr: Die DGB-Region Niedersachsen-Mitte kann in der antifaschistischen Arbeit auf bewährte Strukturen zurückgreifen und ist auf vielen Ebenen gegen Nazis aktiv.

„Wir arbeiten in breiten Bündnissen quer durch die Gesellschaft und bemühen uns, möglichst viele Bürgerinnen und Bürger einzubeziehen. Dazu gehört die Antifa ebenso dazu wie die Kreishandwerkerschaft“, erklärte der ehemalige Regionsvorsitzende Sebastian Wertmüller. Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wird als Alltagsaufgabe verstanden. „Wir wollen über dieses Engagement junge Menschen (und ältere) für Gewerkschaften interessieren und an uns binden.“

<http://www.region-niedersachsen-mitte.dgb.de>

6. Weiteres Material

DGB-Dokumentation „Aktiv gegen Rassismus und Rechtsextremismus“

Beispielhafte gewerkschaftliche Handlungsansätze

https://www.dgb-bestellservice.de/besys_dgb/pdf/DGB23003.pdf?DGBBSESSID=tsofxpa

DGB-Ausstellung „Mut gegen Rechts“

<http://www.dgb.de/themen/++co++b8f0c9ee-6f22-11df-59ed-00188b4dc422>